

Behörden Spiegel newsletter

Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik.



BWI
IT für Deutschland

**DEIN WISSEN
FÜR IT DIE ZÄHLT.**

Jetzt bewerben
bwi.de/zeitsoldaten

Nr. 556 Berlin

26. Mai 2026



ISSN 2191-2750



**Wolski
meint**

(BS) Cybersicherheit im Weltraum gewinnt mit der zunehmenden Nutzung von Satelliten (im Jahr 2025 waren 13.000 operative Satelliten im All, derzeit werden jede Woche ca. 50 Satelliten im All platziert) immer mehr an Bedeutung. Schwachstellen in der Cybersicherheit von Satelliten im All können ausgenutzt werden, um Kontrolle oder Daten zu übernehmen. Viele Systeme wurden ursprünglich nicht für heutige Bedrohungen entwickelt und sind daher anfällig.

Besonders wichtig ist die Sicherheit von Funkverbindungen zwischen Satelliten und Bodenstationen. Unverschlüsselte oder schlecht gesicherte Signale können abgefangen oder manipuliert werden. Ein großes Risiko entsteht durch Schwachstellen bereits beim Bau von Satelliten, etwa durch unsichere Hardware oder Software. Lieferketten müssen daher streng kontrolliert und überprüft werden. Auch die Cybersicherheit von Bodensegmenten spielt eine entscheidende Rolle, da sie als Zugangspunkt dienen können. Angriffe auf Kontrollzentren könnten ganze Satellitensysteme lahmlegen.

Nur durch ganzheitliche Sicherheitskonzepte lassen sich diese Risiken nachhaltig reduzieren. Das Thema „Cyber-Sicherheit im Weltraum“ ist nur eines der zahlreichen Themen, die wir auf der PUBLIC IT SECURITY Konferenz (PITS) am 16. und 17. Juni diskutieren werden. Das Programm finden Sie [hier](#).

Dipl.-Ing. (Univ.) Reinhard Wolski

Generalmajor a. D. Reinhard Wolski ist Chairman der Berliner Sicherheitskonferenz.

Eine Matrix soll es richten

(BS) Die Beschaffungsprozesse der Bundeswehr kommen den Geschwindigkeitsansprüchen des Verteidigungsministeriums nicht hinterher – trotz mehrerer Strukturanpassungen im BAAINBw. Nun soll eine Matrixorganisation Abhilfe schaffen.

Vergangene Woche stellte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags die Reformagenda Rüstung vor. Ihr Ziel: eine strukturelle Neuorganisation des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw). Dafür federführend war Staatssekretär Jens Plötner. Im November vergangenen Jahres erhielt er von seinem Minister den Auftrag, einen Reformplan auszuarbeiten. Jetzt ist klar, was das Ministerium mit der Unterstützung von externer Expertise aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie den Mitarbeitenden des BAAINBw im vergangenen halben Jahr erarbeitet hat. Im Zentrum der Reform steht eine strukturelle Neuorganisation des Beschaffungsamtes. Die klassische starre Aufteilung nach Referaten und Abteilungen ist Vergangenheit. Ersetzt werden soll sie durch eine flexible Matrixorganisation. Das heißt, Programm- und Projektteams sollen je nach den im Beschaffungsprozess berührten Dimensionen neu zusammengestellt werden. Diese Teams sollen schnelle, unbürokratische Lösungen finden und direkt Entscheidungen treffen. Flankiert wird

diese Agilität durch sogenannte interne Fähigkeitszentren. Hier soll Fachexpertise – beispielsweise für Munition, Rohr Waffen oder Lenkflugkörper – projektübergreifend gebündelt werden. Davon verspricht sich das BMVg Effizienzgewinne und die Vermeidung von Redundanzen. Damit die Verbindung nach außen nicht abreißt, lässt Boris Pistorius erweiterte Schnittstellen schaffen. Sie sollen als Anknüpfungspunkte zur Industrie und den Teilstreitkräften dienen.

Es geht den Prozessen an den Kragen

Neben der organisatorischen Struktur im Amt nimmt sich das Ministerium unter Verteidigungsminister Boris Pistorius auch der eigentlichen Beschaffungsprozesse an. Konkret werden alle Beschaffungen künftig in drei zentrale Fallgruppen unterteilt. Geplant ist zunächst ein sogenannter „Fast Track“. Dieser betrifft dringliche und vergleichsweise einfache marktverfügbare Beschaffungen. Eine zweite Kategorie umfasst Innovationsvorhaben und zukunftsweisende Technologien. Mittels offener

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Ausschreibungen soll der nächste „Gamechanger“ in der Militärtechnologie frühzeitig identifiziert und in die Truppe integriert werden. Die dritte Fallgruppe betrifft komplexe Großprojekte wie Kampfjets, Flugzeuge und andere Rüstungsvorhaben.

Darüber hinaus soll das Amt fortan fortlaufend Markt- und Technologiesichtungen unabhängig von konkreten Projekten durchführen.

Um den fragilen Lieferketten in einer zunehmend volatilen Welt Rechnung zu tragen, betreibt das Land in Zukunft ein aktives Lieferantenmanagement und ein systematisches Lieferketten-Monitoring. Um der Industrie bei den Preisen auf die Finger zu schauen, wird zudem die Preiskontrolle verschärft. „Über den gesamten Beschaffungsprozess hinweg wollen wir sicherstellen, dass die Investitionen verantwortungsvoll und damit auch preisbewusst eingesetzt werden“, ließ Boris Pistorius verlauten. Ein neuer wissenschaftlicher Beirat soll den verantwortungsvollen Mitteleinsatz überwachen und den vollen rechtlichen Handlungsspielraum der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit (VSVgV) opti-

mal ausnutzen. Die Reformagenda bricht darüber hinaus mit einer weiteren Tradition des Bundeswehr-Beschaffungsamtes. Bislang gingen alle Mitarbeitenden des BAAINBw ihrer Arbeit in Koblenz nach. Mit dieser behördlichen geografischen Monokultur ist nun Schluss.

Das BAAINBw wird flügge

Neben Koblenz werden neue BAAINBw-Standorte in Dresden, Bremen und Brüssel eröffnet. Jeder Standort widmet sich einem Schwerpunktthema. So ist der neue Standort in der sächsischen Hauptstadt der geografischen Nähe zum IT-Leuchtturm „Silicon Saxony“ entsprechend insbesondere mit den Dimensionen Cyber und Informationstechnik befasst. In Bremen wiederum legen die Mitarbeitenden den Fokus auf See- und Raumfahrtssysteme. Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) zeigt sich von der Standortwahl überzeugt. Er hofft auf eine dreistellige Zahl neuer Arbeitsplätze. Mit dem dritten Standort verlässt das BAAINBw Deutschland. Denn in Brüssel wird eine strategische Repräsentanz eingerichtet, die einen frühen Zugang zu EU-Rüstungsinitiativen sichern und die Vernetzung mit der NATO sowie multina-

tionalen europäischen Beschaffungsprogrammen koordinieren soll. Zu guter Letzt wird in Kiel – neben dem im Februar 2026 eröffneten Innovationszentrum in Erding – ein zweites aufgebaut. Im Fokus stehen dabei maritime Fähigkeiten. Zumindest die Themenwahl kommt dabei nicht überraschend. Dass das BMVg neben dem Innovationszentrum in Bayern ein zweites maritimes in Norddeutschland entstehen lassen soll, war bereits zum Jahresbeginn klar. Neuigkeitswert hat, dass sich die Entscheidungsträgerinnen und -träger für Kiel als Standort entschieden haben. Außerdem gab Boris Pistorius bekannt, dass noch ein drittes Innovationszentrum in der Bundesrepublik entstehen soll. Welcher Dimension es sich widmen soll und wo es lokalisiert wird, gab der Verteidigungsminister nicht bekannt. Weitere Details sind für das dritte Quartal 2026 angekündigt.

In Stein gemeißelt ist der Reformplan allerdings noch nicht. Die Mitbestimmungsgremien müssen sich noch mit den Maßnahmen auseinandersetzen. Ist das abgeschlossen, soll sich die Feinplanung anschließen. Mit der finalen Umsetzung möchte der SPD-Verteidigungsminister stufenweise im Sommer beginnen.

Pakt für den Bevölkerungsschutz vorgestellt

(BS) Lange wurde es gefordert. Jetzt kommt der Pakt für Bevölkerungsschutz. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) stellte das Vorhaben nun vor. Dieser Pakt sei das zentrale Dach, unter dem ehrenamtliche und hauptamtliche Kräfte, Ausrüstung, Ausbildung und Ausstattung zusammengeführt werden. Hier bündele man die Elemente Vorbereitung, Vernetzung und Vertrauen. Die Planungen würden eng mit den Planungen des Verteidigungsministeriums abgestimmt sein. Zehn Milliarden Euro sollen bis zur gleichen Zielmarke in den Zivilschutz fließen. 1.000 Spezialfahrzeuge und 110.000 Feldbetten sollen beschafft werden. Eine neue Stabstellen im Bundesinnenministerium – „Kommando zivile Verteidigung“ soll nach dem Plan im Krisenfall die Koordination übernehmen können. Zusätzlich sollen 61



Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) (2. v. r.) bringt mit dem Pakt für den Bevölkerungsschutz einen zivilen Plan analog zum OPLAN Deutschland auf den Weg.

Foto: BS/Cambridge Aerospace

Standorte für eine Medizinische Taskforce des Bundes entstehen. Auch das Thema Schutzraum greift der Pakt auf. Dobrindt bricht jedoch mit einer langen Tradition.

Abschied von den Konzepten der 80er Jahre

Man müsse sich von dem Bunkerkonzept der 80er-Jahre lösen. Dies sei ein Konzept, das noch nie funktioniert habe. Die Bedrohungslage sei heute eine andere. Die NINA-Warn-App soll weiter ausgebaut werden und Empfehlungen für öffentliche Zufluchtsorte überall im Land geben. Bei der CBRN-Abwehr sollen u.a. einheitliche Ausbildungsstandards für Einsatzkräfte etabliert werden. Besonders profitieren soll von dem Pakt das Technische Hilfswerk (THW), das rund drei Milliarden Euro für Personal und Ausstattung erhalten soll.

Exklusiv**„Hab(t) Mut, steh(t) auf“ – und handelt für fairen Frieden****Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen**

(BS) Im Dezember letzten Jahres habe ich einen „Mutausbruch“ vorgeschlagen. Zu einem Zeitpunkt, als die militärische Lage an der Front und die massive Zerstörung ihrer Energie-Infrastruktur die Ukraine massiv unter Druck setzte. Heute kann man feststellen, dass die erwartete „Sommer-Offensive“ Russlands keinen spürbaren Erfolg hat, und die Ukraine mit ihren erfolgreichen Angriffen auf die Öl- und Gas-Infrastruktur auf Russlands Handlungsmöglichkeit einwirkt.

In dieser Situation kann der Aufruf des katholischen Kirchentags „hab Mut, steh auf“ auch für Gesellschaften, Regierungen und Staaten als Ansporn gelten, erstens auf der Grundlage prinzipiengleiteter Interessen entschlossen für einen fairen Frieden im russischen Aggressionskrieg in der Ukraine zu handeln und zweitens, resolut und entschlossen in breiter internationaler Geschlossenheit das Regime in Teheran zu zwingen, seine völkerrechtswidrige Sperrung der Straße von Hormuz aufzugeben. Bevor die europäischen Staaten über einen Sondergesandten für Verhandlungen über ein Ende der russischen Aggression nachdenken und Personen dafür vorschlagen, sollten zwei Punkte klar sein.

- Das freie Europa ist kein neutraler Vermittler, es tritt an der Seite der Ukraine für Selbstbestimmung ein und ist Verhandlungspartner für das freie Europa.
- Das eigene Verhandlungskonzept startet nicht mit Konzessionen an den Aggressor im Sinne der 20 Punkte aus dem Dezember 2025, sondern orientiert sich an der ukrainischen Friedensformel.

Ein Weg zu einem fairen Frieden für die Ukraine und unser freies Europa wird erst gangbar werden, wenn Putin erkennt, dass ein Erfolg seiner Aggression äußerst unwahrscheinlich ist. Um diese Beurteilung bei Putin zu erreichen, ist der Druck auf Russland zu verstärken durch wesentlich gezieltere Sanktionen und deren Durchsetzung ohne Lücken. Die aktive Verteidigung der Ukraine ist weiter in beträchtlichem Umfang mit eigenen militärischen Mitteln der europäischen Staaten - und der USA - zu verbessern, aber auch zunehmend in gemeinsamer Rüstungs-kooperation mit der Ukraine zu befähigen, Russland an den Kulminationspunkt seiner



Im Krieg zwischen der Ukraine und Russland ist Europa nicht neutral.

Foto: BS/Pixabay.com, matthiasboeckel

Angriffsoperation zu bringen und dann das Zurückdrängen einzuleiten. Dazu gehören auch alle finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, wie zügige Schritte auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft. NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat die konzentrierte Unterstützung vor der Tagung der Außenminister erneut gefordert und auch unterstrichen, dass es zu große Ungleichgewichte zwischen den Mitglied-Staaten gibt. Dies wird auch besonders deutlich bei den wenigen Staaten, die sich stark engagieren im PURL-Programm, dem Kauf amerikanischer Waffensysteme etc. für die Ukraine. Diese Schiefelage wollte Rutte unterstreichen, als er vorschlug, dass jedes Mitglied wenigstens 0,25 Prozent des BIP dafür aufbringen sollte. Ob der Ukraine mit einem besonderen Status in und zur EU gedient ist oder eher Putins Einschätzung bestätigt, dass er noch Zeit hat in der Ukraine voranzukommen, ist offen.

Wiederherstellung des friedvollen Zustandes

Unter diesen Bedingungen gewinnt ein eigenes Verhandlungskonzept der Europäer – möglichst im Schulterschluss mit Amerika – an Bedeutung. Putins illegitimen Maximalvorstellungen einer Vernichtung der Ukraine als Start für ein eurasisches Dominium gilt es, das Konzept der völkerrechtskonformen Vorstellungen einer Friedensordnung entgegenzusetzen. Dabei sind die zehn Punkte der ukrainischen Friedensformel vom November 2022 zu nutzen. Denn dem Aggressor

muss klar sein, dass ein fairer Friede keine „Belohnung“ seines brutalen Vorgehens enthalten kann. In keinem Fall sind Zugeständnisse der angegriffenen Ukraine im Voraus für die Aufnahme von Verhandlungen zu verlangen.

Natürlich gilt der Grundsatz, dass alle Bürger Russlands dasselbe Recht haben, in ihren anerkannten territorialen Grenzen ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen souverän zu gestalten. Es geht nicht um das „Besiegen Russlands“, sondern um sein Zurückweisen aus den illegitim eroberten Gebieten der souveränen Ukraine. Dabei sollte Putin daran erinnert werden, dass er selbst 2003 den endgültigen Grenzvertrag mit der Ukraine geschlossen hat. Noch während der aktiven Selbstverteidigung der Ukraine ist ein Verhandlungsteam gemeinsam mit der Ukraine zusammenzustellen, das möglichst die amerikanische Regierung einschließt. Neben der Wiederherstellung eines völkerrechtskonformen Zustandes in der Ukraine muss das Konzept eine Perspektive einer erneuerten europäischen Sicherheitsordnung aufzeigen, die einem Russland ohne revisionistische Absichten die Chance bietet, in ein friedvolles Europa zurückzukehren.

Die Sperrung zurücknehmen

Im internationalen bewaffneten Konflikt des Irans gegen USA und Israel sollte das Handeln der Staatengemeinschaft sich in erster Linie darauf konzentrieren, Iran durch konzentrierte politische und wirtschaftliche Maßnahmen klarzumachen, dass das Regime seine Kriegserklärung gegen die Welt mit der Sperrung der Straße von Hormuz unverzüglich zurücknehmen muss. Mancher Ärger über den Angriff Israels und der USA, dessen erklärte Ziele offensichtlich nicht erreicht wurden, darf nicht dazu führen, der Auffassung des iranischen Regimes zu folgen, die Öffnung von Hormuz von der Verhandlungslösung mit den USA und Israel abhängig zu machen. Die vage Vorbereitung von möglichem Schutz der Straße von Hormuz erst nach einem Waffenstillstand und einem Mandat macht vitale eigene Interessen der Staaten von Dritten abhängig. Stattdessen: Habt Mut, steht auf und zwingt Iran, die Sperre jetzt aufzuheben.

Ukraine: Militärische Lage vom 17.05.2026 bis zum 23.05.2026

(BS) In Zusammenarbeit mit dem Transatlantic Dialogue Center veröffentlicht der Behörden Spiegel in jeder Ausgabe seines Newsletters einen exklusiven Wochenbericht zum Ukraine-Krieg. Weiterführende Informationen gibt es zudem in dem ebenfalls wöchentlichen Newsletter des Transatlantic Dialogue Center (<https://tdcenter.org/>).

Bedeutende Ereignisse der Woche:

Die Intensität der Kämpfe bleibt extrem hoch. Während der Woche wurden täglich 216 bis 253 Gefechte registriert, was auf die Fortsetzung einer groß angelegten russischen Offensive hindeutet.

Die Richtung Pokrowsk bleibt das Hauptepizentrum des Krieges: Hier fanden täglich 32 bis 52 Angriffe statt, und russische Truppen versuchten, in den Regionen von Pokrowsk, Rodynske, Bilytske, Hryshyne, Nowooleksandriwka und Udatschne vorzurücken.

Die Richtung Huljajpole entwickelte sich zur zweitstärksten Front, Russland führte 22 bis 32 Angriffe pro Tag durch und versuchte, die Offensive in den Regionen Huljajpole, Zaliznytschna, Dobropillja, Wozdwyzhwka, Staroukrajinka und Tschariwne auszubauen. Russland hat den Druck in Richtung Konstjantyniwka erhöht, wo die Zahl der Angriffe auf 27 pro Tag gestiegen ist, und führt Offensivoperationen an den Zufahrtswegen nach Konstjantyniwka, Illiniwka, Pleschtschijwka und Iwanopillja durch.

In Richtung Oleksandriwka verstärkte der Besetzer seine Versuche, in Richtung Dobropillja, Kalyniwka, Werbowe und Oleksandrograd vorzurücken, obwohl die Intensität der Kämpfe hier deutlich geringer ist als in den Abschnitten Pokrowsk und Huljajpole. In der Region Charkiw setzen russische Truppen ihren Druck in Richtung Süd-Slobzhansk fort und greifen die Regionen Wowschtschansk, Staryzja, Wiltscha, Hraniw und Isbytsk an, ohne jedoch Anzeichen eines operativen Durchbruchs zu zeigen.

Die Ukraine zerstört systematisch die Logistikinfrastruktur der Russischen Föderation und greift Ölraffinerien, Ölterminals, Öllager und Ölpumpstationen an, die die russische Armee mit Treibstoff versorgen. Kommandoposten, Kommunikationszen-

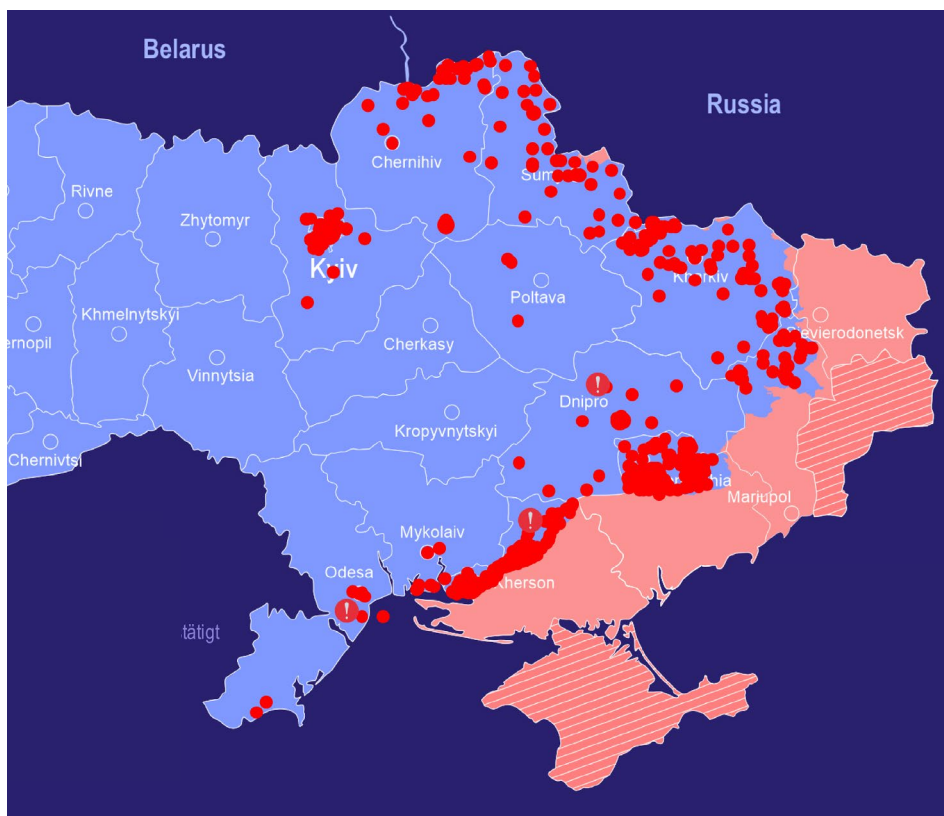


Foto: BS/TDC

tren, Munitionsdepots und UAV-Kontrollpunkte werden regelmäßig von den ukrainischen Verteidigungskräften angegriffen.

Russland verstärkt weiterhin die Luftangriffe: Während der Woche wurden täglich 116 bis 287 Kampfdrohnen eingesetzt, und am 18. Mai wurde ein kombinierter Angriff mit 546 Luftzielen registriert.

Die Gesamtsituation zeigt, dass die Hauptachse der russischen Offensive derzeit entlang der Linie Pokrowsk - Kostjantyniwka - Huljajpole verläuft.

17.05.2026

In der Nacht vom 17. Mai griff Russland mit 287 Kampfdrohnen an.

Am 17. und in der Nacht zum 18. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Verteidigungskräfte mehrere wichtige Objekte der russischen Besatzungstruppen an.

Am 16. und in der Nacht zum 17. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Verteidigungskräfte mehrere wichtige Objekte der russischen Truppen an. Zum Einsatz kamen ukrainische Waffensysteme wie RS-1 „Bars“, FP-1 „Firepoint“ und BARS-SM „Gladiator“.

Insgesamt wurden in den vergangenen 24 Stunden 234 Kampfhandlungen registriert.

18.05.2026

In der Nacht vom 18. Mai startete Russland einen kombinierten Angriff auf ukrainisches Territorium mit Kampfdrohnen und bodengestützten Raketen. Insgesamt registrierten die funktechnischen Einheiten der Luftstreitkräfte 546 Luftangriffsziele (22 Raketen und 524 Drohnen).

Insgesamt wurden in den vergangenen 24 Stunden 236 Kampfhandlungen registriert. Am 18. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte einen russischen Kommando- und Beobachtungsposten in der Region Tjotkine (Region Kursk, Russland) sowie dessen Drohnenkontrollpunkte in den Regionen Oleksandriwka (Region Cherson) und Bilowody (Region Sumy) an. Zusätzlich wurden zwei russische Pontonbrücken in der besetzten Region Donezk zerstört. Ukrainische Soldaten attackierten außerdem russische Truppenansammlungen in

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

den Regionen Sitschnewe (Region Dnipropetrowsk) und Rodynske (Region Donezk). Am 18. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Ö Raffinerie "Lukoil-Nizhegorodnefteorgsintez" in Kstowo (Region Nischnij Nowgorod, Russland) an. Auf dem Gelände des Unternehmens brach ein Feuer aus. Das Ausmaß des Schadens wird noch ermittelt. Die Raffinerie "Lukoil-Nizhegorodnefteorgsintez" ist eine der größten Ö Raffinerien in der Russischen Föderation. Ihre Verarbeitungskapazität beträgt rund 17 Millionen Tonnen Öl pro Jahr. Am 19. Mai wurde außerdem die Ölpumpstation "Jaroslawl-3" in der Nähe der Siedlung Semibratowo (Region Jaroslawl, Russland) angegriffen. Insgesamt wurden in den vergangenen 24 Stunden 242 Kampfhandlungen registriert.

19.05.2026

In der Nacht vom 19. Mai griff Russland mit 209 Shahed-Kampfdrohnen an. Ukrainische Spezialisten haben die erste im Inland produzierte gelenkte Fliegerbombe entwickelt. Sie ist auf die Anforderungen moderner Kriegsführung ausgelegt und einsatzbereit. Durch den Einsatz dieser Technologien werden herkömmliche Fliegerbomben zu hochpräzisen Waffen, die es ukrainischen Piloten ermöglichen, Ziele außerhalb der Reichweite feindlicher Luftabwehrsysteme anzugreifen.

20.05.2026

In der Nacht vom 20. Mai griff Russland mit einer ballistischen Rakete vom Typ Iskander-M aus der Region Rostow in der Russischen Föderation und mit 154 Kampfdrohnen vom Typ Shahed an. Insgesamt wurden in den vergangenen 24 Stunden 250 Zusammenstöße registriert. Am 19. Mai und in der Nacht zum 20. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Verteidigungskräfte mehrere wichtige Objekte der russischen Truppen an. Unter anderem wurde die Primärölverarbeitungsanlage AVT-6 getroffen, gefolgt von einem Brand in der Raffinerie "Lukoil-Nizhegorodnefteorgsintez" im Region Kstowo. Auf Grundlage der Ergebnisse des Angriffs auf die Ölpumpsta-

tion "Jaroslawl-3" in Semibratowo wurde zuvor die Beschädigung von vier Tanks mit einem Gesamtvolumen von 140.000 Quadratmetern bestätigt.

21.05.2026

In der Nacht vom 21. Mai griff Russland mit einer ballistischen Rakete vom Typ Iskander-M aus der Region Rostow (Russland) und mit 116 Kampfdrohnen vom Typ Shahed an. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 233 Kampfhandlungen registriert.

22.05.2026

In der Nacht vom 22. Mai griff Russland mit 124 Kampfdrohnen an. Insgesamt wurden in den vergangenen 24 Stunden 253 Gefechtszusammenstöße registriert. Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs griffen Truppen in der Nacht vom 22. Mai 2026 eine Reihe von Einrichtungen der russischen Truppen an, darunter eine Ö Raffinerie, Munitionsdepots, Luftverteidigungssysteme, Kommandoposten und russisches Personal, darunter auch eines der Hauptquartiere der "Rubikon"-Einheit in der Stadt Starobilsk (Region Luhansk). Am 21. Mai und in der Nacht zum 22. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Verteidigungskräfte mehrere wichtige Objekte der russischen Streitkräfte an. Insbesondere wurde das "Osa"-Flugabwehrraketensystem in Donezk (Region Donezk) getroffen. Darüber hinaus wurden russische Kommando- und Beobachtungsposten in Nowopetrykiwka (Region Donezk) und Tjotkino (Region Kursk), ein Kontrollpunkt einer Einheit im Bezirk Woskresenka (Region Dnipropetrowsk) sowie ein Kommunikationsknotenpunkt in Werchnij Tokmak-Druhuj (Region Saporischschja) angegriffen. Ukrainische Soldaten attackierten außerdem Truppenansammlungen in den Regionen Selydowe, Ukrajinka und Pokrowsk (Region Donezk), Malyniwka (Region Saporischschja) sowie in Trojebortnoje (Region Brjansk, Russland).

23.05.2026

In der Nacht vom 23. Mai griff Russland mit 124 Shahed-Kampfdrohnen an. Insgesamt wurden in den vergangenen 24 Stunden 216

Gefechtszusammenstöße registriert. In der Nacht zum 23. Mai 2026 griffen Einheiten der ukrainischen Verteidigungskräfte mehrere Anlagen der russischen Truppen an. Unter anderem wurde das Ölterminal "Schesscharis" (Noworossijsk, Region Krasnodar, Russland) getroffen – ein Treffer und ein Brand auf dem Terminalgelände wurden bestätigt. Schesscharis ist eines der größten Ölterminals der Russischen Föderation am Schwarzen Meer und gehört zum "Transneft"-Konzern. Die Umschlagkapazität beträgt bis zu 75 Millionen Tonnen Öl pro Jahr, und das Tanklagervolumen beträgt rund 1,28 Millionen Kubikmeter. Die Anlage dient dem Umschlag von Öl und Ölprodukten für den Export und deckt den Bedarf der russischen Armee. Ebenfalls in Noworossijsk wurde das Ölterminal "Gruschowa" getroffen – auch hier brach ein Brand aus. Das "Gruschowa"-Terminal ist ein wichtiger Bestandteil des "Schesscharis"-Komplexes und einer der größten Tankkomplexe im Süden Russlands. Die Tanks haben ein Gesamtvolumen von etwa 1,2–1,4 Millionen Quadratmetern. Die Anlage dient der Lagerung, dem Umschlag und dem Transport von Öl und Erdölprodukten, unter anderem zur Sicherstellung der militärischen Logistik Russlands.

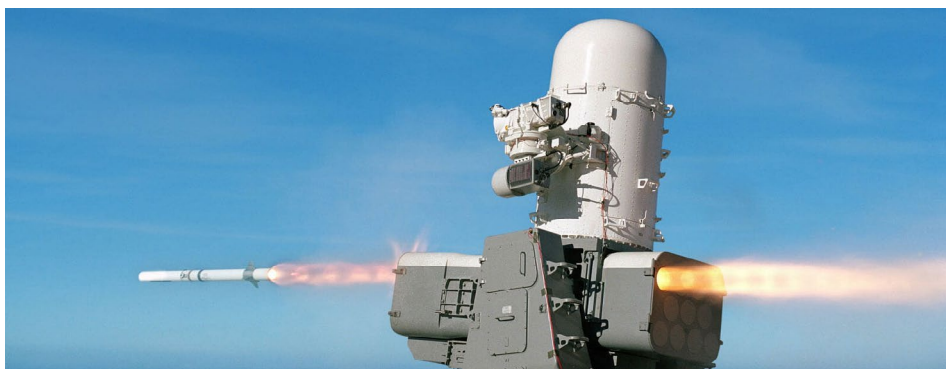
Darüber hinaus wurde die Region im Schwarzen Meer angegriffen, auf der Schiffe der sogenannten „Schattenflotte“ der Russischen Föderation stationiert sind. Die Zerstörung des Tankers CHRYSALIS wurde bestätigt. Ukrainische Truppen griffen außerdem Kommunikationszentren der russischen Truppen in Krasnoritschenske (Region Luhansk) und Smile (Region Saporischschja) sowie ein Lager für Material und technische Ausrüstung in Froliwske (Region Saporischschja) an. In der Region Donezk wurde ein russisches Munitionsdepot in Pretschistiwka getroffen.

Die Redaktion weist alle Leserinnen und Leser darauf hin, dass die Angaben, Zahlen und Daten in diesem Artikel durch den Think Tank TDC zur Verfügung gestellt und vom Behörden Spiegel nicht vollumfänglich überprüft werden können.

Australien beschafft SeaRAM für Mogami-Fregatten

(BS) Die Royal Australian Navy (RAN) beauftragt das US-amerikanische Rüstungsunternehmen RTX, im Rahmen des Sea3000-Programms SeaRAM-Selbstverteidigungssysteme für die künftigen Fregatten der Mogami-Klasse zu liefern. Die Auftragsvergabe erfolgte durch Mitsubishi Heavy Industries. Die Japaner zeichnen für den Bau der Schiffe – sie sollen die alternde Anzac-Klasse durch insgesamt elf modifizierte Einheiten der japanischen Mogami-Klasse ersetzen – verantwortlich.

Konkret umfasst der Vertrag die Lieferung von SeaRAM-Startern, Testraketen (Blast Test Vehicles) sowie umfassende technische Dienstleistungen zur Unterstützung der Installation und Erprobung an Bord der ersten drei Einheiten. Der Zeitplan sieht vor, dass die ersten Selbstverteidigungssysteme Ende des Jahres 2028 in Australien zulaufen. Die Arbeiten erfolgen am RTX-Standort in Kentucky. SeaRAM soll insbesondere gegen unbemannte Luftsysteme (UAV) zum Einsatz kommen. Dafür kombiniert das in den USA unter der Bezeichnung Mk 15 Mod 31/32/33 geführte Waffensystem das Phalanx Close-In Weapon System (CIWS) mit der Rolling Airframe Missile (RAM). Wesentlicher Vorteil



Für die ersten drei Fregatten im Rahmen des SEA3000-Marine-Beschaffungs-Programmes setzt Australien auf den in Japan etablierten Einsatz des SeaRAM-Selbstverteidigungssystems.

Foto: BS/RTX

der nun beschafften Konstellation im Vergleich zu anderen Systemen ist die einfache Systemintegration. Die eingesetzte elf-Zellen-SeaRAM-Halterung agiert autark von Bordsensoren und anderen schiffsgestützten Hilfsmitteln. Dass sich Canberra für die elf-Zellen-SeaRAM-Ausführung des Selbstverteidigungssystems entschieden hat, weiß nicht zu überraschen. Diese Konfiguration wird serienmäßig auf der Mogami sowohl in der Standard- als auch in der erweiterten Ausführung installiert. Damit folgt die aust-

ralische Marine für die ersten drei Einheiten im Rahmen des Sea3000-Programms der japanischen Standardkonfiguration.

Bei den verbleibenden acht weiteren Schiffen der Mogami-Klasse könnte sich die Regierung in Canberra allerdings mehr Extravaganz erlauben. Statt der elf-Zellen-Ausführung des SeaRAMs steht das kapazitätsstärkere Mk-49-Launcher-System zur Debatte. Es verfügt über 21 Zellen, ist in der Integration aber weitaus aufwendiger und kostenintensiver.

Die FDI macht in Schweden das Rennen

(BS) Im Vergabewettstreit um die Beschaffung schwedischer Luftverteidigungsfregatten der Luleå-Klasse konnte sich die französische Naval Group gegen die Konkurrenz der spanischen Navantia und von Babcock International aus Großbritannien durchsetzen. Konkret investiert das skandinavische Königreich mehr als zehn Milliarden schwedische Kronen pro Einheit für vier Fregatten des Typs Frégate de Défense et d'Intervention (FDI). Bei dieser Zahl handelt es sich allerdings um eine Schätzung. Wie der schwedische Verteidigungsminister Pål Jonson erläuterte, hänge der finale Preis von der Ausstattung und den bevorstehenden Verhandlungen ab. Der Kauf markiert die größte Rüstungsbeschaffung des skandinavischen Landes seit der Gripen-Entwicklung Anfang der 1980er-Jahre. Dafür erhält die schwedische Marine eine 4.600 Tonnen schwere und 122 Meter

lange Mehrzweckfregatte. Zur Bewaffnung dienen 32 Sylver-A50-Vertikalabschusszellen (VLS) für Aster-15/30-Raketen. Um sich gegen Kampfflugzeuge, Marschflugkörper und Drohnen (UAV) zu verteidigen, ist zusätzlich das Mittelstrecken-Luftabwehrsystem MBDA CAMM-ER eingeplant. Darüber hinaus lässt Stockholm eine Reihe heimischer Waffensysteme einrüsten. So zum Beispiel RBS-15-Anti-Schiffs-Flugkörper, den ASW-Torpedo Torped 47, das Giraffe-1X-Radar, die Trackfire-Waffenstationen sowie die 57-mm- und 40-mm-Deckgeschütze von BAE Systems Bofors. Das schwedische Königreich und die Naval Group unterwerfen sich für die Auslieferung der FDI einem strengen Zeitplan. Die erste Einheit soll bereits im Jahr 2030 bei der Marine zulaufen. Danach soll sich die Auslieferung mit einem Schiff pro Jahr verstetigen. Das Programm für die neue

schwedische Fregattenklasse Luleå durchlief seit 2021 mehrere grundlegende Kurswechsel. Nachdem die schwedische Beschaffungsbehörde FMV zunächst Saab Kockums mit der Entwicklung der kleineren Visby-Gen-2-Korvetten beauftragt hatte, stoppte Stockholm das Vorhaben infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und des beschleunigten NATO-Beitritts Schwedens. Gemeinsam mit dem britischen Unternehmen Babcock International entwickelte Saab daraufhin die deutlich größeren, 122 Meter langen Luleå-Fregatten. Vergangenes Jahr stellte Stockholm das Programm erneut auf den Kopf. Ziel war fortan die Beschaffung eines ausländischen Entwurfs. Dabei kristallisierten sich mit der Babcock Arrowhead 120, der FDI von Naval Group und der ALFA 4000 von Navantia drei aussichtsreiche Kandidaten heraus.

Weitere 8x8 Großauftrag



Nachdem bereits drei Tranchen Logistikfahrzeuge aus einem Rahmenvertrag mit Rheinmetall abgerufen wurden, legt die Bundesregierung jetzt noch einmal nach.

Foto: BS/Rheinmetall

(BS) Die Bundeswehr stockt ihre Bestellung von Logistikfahrzeugen beim deutschen Rüstungsprimus Rheinmetall mit einem weiteren Abruf aus einem bestehenden Rahmenvertrag massiv auf.

Wie aus einer Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) für den Haushaltsausschuss des Bundestages hervorgeht, plant die Truppe die Beschaffung von weiteren 2.030 Einheiten. Das ist dem Verteidigungsministerium (BMVg) etwas über eine Milliarde Euro wert. Aus welchen Töpfen der logistische Fähigkeitsaufwuchs finanziert wird, ist noch nicht öffentlich bekannt. Frühere Tranchen aus dem Rahmenvertrag nutzten Mittel des Sondervermögens.

Mit der Beauftragung legen die deutschen Streitkräfte dem Düsseldorfer Rüstungsunternehmen einen ambitionierten Zeitplan auf. Die Auslieferung der Logistikfahrzeuge soll bereits bis November 2026 vollständig abgeschlossen sein. Für die Durchführung zeichnet die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall MAN Military Vehicles (RMMV) – ein Joint Venture von Rheinmetall und der zum Volkswagen-Konzern gehörenden MAN – verantwortlich.

Konkret markiert die jüngste Beschaffung den vierten Abruf aus einem bestehenden Rahmenvertrag, der insgesamt bis zu 6.500 Fahrzeuge umfasst. Bislang übernahm die Truppe knapp 1.400 Fahrzeuge aus dieser

Vereinbarung. Die neue Tranche von 2.030 Lkw beschleunigt das gesamte Beschaffungsvorhaben nun deutlich. Neben den reinen Anschaffungskosten von über einer Milliarde Euro prognostiziert das Dokument für den Betrieb und die Instandhaltung der Fahrzeuge über die kommenden 15 Jahre zusätzliche Nutzungskosten in einer ähnlichen Größenordnung.

Flexible Beschaffung durch den Rahmenvertrag

Durch den Rahmenvertrag hat die Bundeswehr die Möglichkeit, seit Vertragsabschluss im Jahr 2024 über sieben Jahre flexibel weitere Stückzahlen der bereits eingeführten ungeschützten Transportfahrzeuge UTF 5t und UTF-15t-Lkw zu bestellen. Zusätzlich wird eine neue Fahrzeugklasse über den Rahmenvertrag eingeführt: die 4x4-Variante UTF 3,5t.

Die im Rahmenvertrag vorgesehenen Einheiten basieren auf der etablierten HX-Fahrzeugfamilie der RMMV. Diese erfreut sich auch international großer Beliebtheit. Neben Deutschland bringen unter anderem Großbritannien, Australien, Neuseeland, Norwegen, Schweden, Österreich, Ungarn, Singapur, Slowenien, Dänemark sowie die Ukraine Fahrzeuge der Klasse zum Einsatz. Insgesamt hat Rheinmetall weltweit mehr als 20.000 Fahrzeuge ausgeliefert.

Joint Venture-Gründung

(BS) Der Kieler Marinebauer Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) und der israelische Rüstungskonzern Elbit Systems intensivieren ihre Zusammenarbeit. Im Rahmen eines Memorandum of Understanding (MoU) vereinbarten beide Unternehmen, gemeinsame Entwicklung, Integration und Vermarktung maritimer Verteidigungslösungen voranzutreiben. Dabei bringt TKMS seine Kernkompetenz im U-Boot- und Marineschiffbau ein. Elbit wiederum zeichnet für Elektronik-, Sensor- und Waffentechnologie verantwortlich.

Die CEOs Oliver Burkhard (TKMS) und Bez Halel Machlis (Elbit) betonten, dass die Kooperation auf veränderte sicherheitspolitische Anforderungen im maritimen Bereich reagiere. In einem zunehmend komplexen Sicherheitsumfeld sei die Kooperation gleichgesinnter Partner unerlässlich. Die Konzerne stellten das Vorhaben zudem in einen breiteren geopolitischen Kontext: Die Vereinbarung spiegelt die strategischen Beziehungen sowie die bilaterale Sicherheitskooperation zwischen Deutschland und Israel wider.

Engere Beziehung zum wichtigsten Partnerland

Für TKMS hat das Geschäft mit Israel, einem der wichtigsten Auslandskunden, erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Der stark exportabhängige Werftkonzern lieferte unter anderem Dolphin-U-Boote und Saar-6-Korvetten an die israelische Marine.

Diese Lieferungen stehen allerdings im Fokus politischer Diskussionen. Kritikerinnen und Kritiker verwiesen unter anderem auf den Einsatz von Saar-6-Korvetten vor der Küste des Gazastreifens.

Zusätzliche Brisanz gewinnt das Thema, weil die Bundesregierung im Sommer 2025 restriktive Vorgaben für Rüstungsexporte erließ. Sie schließen einen unmittelbaren Einsatz im Gazastreifen aus. Laufende Programme sind davon allerdings ausgenommen. TKMS betont hierbei regelmäßig, alle Vorgaben der Bundesregierung strikt einzuhalten. Die operative Einsatzentscheidung liege aus Sicht des Unternehmens allein beim Käuferstaat.

Pistorius traf D-A-CH-Verteidigungsminister in Berlin

(BS) Neue Gesichter in der deutschen Hauptstadt: Am tradierten Treffen der Verteidigungsminister der D-A-CH-Staaten (Deutschland, Österreich, Schweiz) in Berlin nahm vergangene Woche erstmals das Großherzogtum Luxemburg teil.

Die vier Verteidigungsministerinnen und -minister tauschten sich zu den gemeinsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen aus. Angesichts der sicherheitspolitischen Lage signalisierten auch die traditionell neutralen Staaten Österreich und die Schweiz die Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit. Konkret drehten sich die Berliner Delegationsgespräche, zu denen Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) geladen hatte, neben dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Konflikten im Nahen Osten vor allem um hybride Bedrohungen sowie den strategischen Ausbau militärischer Weltraumfähigkeiten.

„Weltraumfähigkeiten haben eine immer größere, immer existenziellere und immer weniger wegdenkbare, massive, sich rasant weiterentwickelnde Bedeutung“, so der deutsche Verteidigungsminister. In diesem Zusammenhang erklärte Pistorius, Österreich, Luxemburg und die Schweiz frühzeitig als Partner beim geplanten „European Space Component Command“ (ESCC) beim Weltraumkommando der Bundeswehr ein-



Die DACH-Mitglieder begrüßten mit Luxemburg in diesem Jahr ein neues Mitglied in ihren Reihen.

Foto: BS/Bundeswehr/Christoph Kasette

beziehen zu wollen. Dabei machte Neu-Teilnehmer Luxemburg seine Bereitschaft deutlich, an transnationalen deutschsprachigen Weltraumprojekten mitzuwirken. „Was Satellitenkapazitäten angeht, haben wir eine Expertise, die wir auch sehr gern unseren Alliierten und Partnern zur Verfügung stellen“, so Yuriko Backes, Ministerin für Verteidigung, Mobilität und öffentliche Arbeiten, Gleichstellung und Diversität. Konkret plant der europäische Binnenstaat, im Herbst dieses Jahres den Erdbeobachtungssatelliten LUXEOSys in Betrieb zu nehmen. Außerdem ist für Ende des Jahrzehnts der Start des Kommunikationssatelliten GovSat-2 geplant. Darüber hinaus stellte der deutsche Verteidigungsminister eine engere Kooperation im Umgang mit hybriden Bedrohun-

gen in Aussicht. Pistorius betonte, dass sich die Teilnehmerstaaten bei der Bewertung entsprechender Ereignisse weitgehend einig seien. Aus diesem Grund stellte er in den Raum, das D-A-CH-Format für Abstimmung und Austausch zu nutzen.

Rüstungsk Kooperationen zwischen den deutschsprachigen Ländern kamen bei dem Treffen in Berlin zwar zur Sprache, neue Projekte brachten die Ministerinnen und Minister allerdings nicht auf den Weg – und das, obwohl der deutsche Verteidigungsminister weiteres Potenzial sieht. Statt Neues auf den Weg zu bringen, stimmte Pistorius alte Lieder an. In der deutschen Hauptstadt erinnerte er an die gemeinsame deutschschweizerische Beschaffung des Luftverteidigungssystems IRIS-T SLM.

Bundeswehr unterstützt die Türkei mit Patriot

(BS) Die Bundeswehr unterstützt die integrierte Luftverteidigung der NATO. Ab Ende Juni 2026 verlegt eine deutsche Luftwaffeneinheit vorübergehend in die Türkei. Das gab das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) bekannt. Der Einsatz der sogenannten PATRIOT Air and Missile Defence Task Force (AMD TF) ist als temporäre Bündnisunterstützung zunächst bis September 2026 befristet. Konkret umfasst die Entsendung eine Patriot-Feuereinheit sowie rund 150 Soldatinnen und Soldaten des Flugabwehrraketengeschwaders 1 aus dem schleswig-holsteinischen Husum. Das deutsche Kontingent wird vor Ort eine Einheit der US-amerikanischen Streitkräfte

ablösen. Diese hatten die Luftverteidigung im März aufgestockt, nachdem der Iran im Zuge des Konflikts mutmaßlich eine Rakete in Richtung der türkischen Basis Incirlik gefeuert hatte.

„Deutschland übernimmt mehr Verantwortung innerhalb der NATO. Das tun wir an der Ostflanke, im Hohen Norden – und nun auch für mehrere Wochen in der Türkei an der NATO-Südostflanke“, kommentierte Verteidigungsminister Boris Pistorius die Verlegung.

Wiedersehen nach fast zehn Jahren

Die Region ist für die Luftwaffe kein Neuland. Bereits von 2013 bis 2015 sicherten

deutsche Patriot-Staffeln den Süden der Türkei gegen Bedrohungen aus Syrien ab. Während ein spanisches System seit dieser Zeit durchgehend vor Ort verblieb, waren die deutschen Kräfte zuletzt an anderen Brennpunkten gefordert – darunter in Litauen, der Slowakei sowie im vergangenen Jahr im polnischen Rzeszów zum Schutz von Nachschubwegen für die Ukraine.

Eine Patriot-Feuereinheit, die sogenannte Kampfstaffel, besteht aus dem Staffelpersonal, einem Feuerleitstand, einem Multifunktionsradargerät, bis zu acht Startgeräten, einer Stromversorgungsanlage sowie einem Richtfunktrupp mit Antennenmastanlage.

NATO-Außenminister bereiten Summit in Ankara vor

(BS) Mit Spannung wurde das Treffen der NATO-Außenministerinnen und -minister erwartet. Der Bruch mit den USA ist ausgeblieben. Klar ist aber eins geworden: Die Europäer müssen ihre Sicherheit zukünftig selbst gestalten. Das Treffen gibt Leitplanken vor.

Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten haben bei ihrem Treffen am 21. und 22. Mai 2026 in Helsingborg die Vorbereitungen für den NATO-Gipfel im Juli in Ankara vorangetrieben. Im Mittelpunkt der Beratungen standen höhere Verteidigungsausgaben, der Ausbau der Rüstungsproduktion, die Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sowie die weitere Unterstützung der Ukraine. NATO-Generalsekretär Mark Rutte betonte im Vorfeld und nach Abschluss des Treffens die Notwendigkeit, die beim Gipfel in Den Haag vereinbarten Ziele konsequent umzusetzen. Die Bündnispartner hatten sich dort verpflichtet, ihre Verteidigungsausgaben bis 2035 auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Entscheidend sei nun nicht mehr die Frage nach dem „Ob“, sondern nach der Geschwindigkeit der Umsetzung.

Gerechtere Lastenverteilung

Die Minister verständigten sich darauf, die Investitionen in Verteidigung und militärische Fähigkeiten stetig zu steigern und zugleich die industrielle Rüstungsproduktion auf beiden Seiten des Atlantiks auszubauen. Rutte hob hervor, dass Europa und Kanada künftig mehr Verantwortung für die konventionelle Verteidigung übernehmen sollen. Dies spiegele sich auch in



Die Außenministerin und -minister der NATO-Mitgliedstaaten beim Treffen in Helsingborg in Schweden.

Foto: BS/NATO

der NATO-Kommandostruktur wider, in der Europa künftig alle drei Joint Force Commands führen werde, während die USA die drei Component Commands leiten sollen. Ziel sei eine „stärkere und gerechtere NATO“ im Sinne einer NATO 3.0.

Ein weiterer Schwerpunkt war die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine. Gemeinsam mit dem ukrainischen Außenminister Andrii Sybiha berieten die NATO-Außenminister darüber, wie die Unterstützung langfristig substantiell, nachhaltig und planbar gestaltet werden kann. Angesichts des andauernden russischen Angriffskrieges bekräftigten die Bündnispartner ihre Absicht, die Ukraine weiterhin eng zu unterstützen. Wie bereits im letzten Jahr versuchte der deutsche Außenminister Johann Wadephul (CDU) ein Zeichen zu setzen, indem er versuchte, zu den bereits bestehenden EU-Krediten in Höhe von 90 Milliarden Euro

für die nächsten zwei Jahre zusätzliche 30 bis 40 Milliarden durch bilaterale Zusagen für die Ukraine zu generieren. Ziel sei es, deutlich zu machen, dass man dauerhaft hinter der Ukraine stehe und diese verteidigungsfähig halten wolle.

Darüber hinaus diskutierten die Minister über aktuelle Sicherheitsentwicklungen im Nahen Osten. Rutte kritisierte insbesondere die iranischen Drohungen gegen die Freiheit der Schifffahrt in der Straße von Hormus und warnte vor den Auswirkungen auf den globalen Handel und die internationale Sicherheit.

Rutte erklärte, die NATO müsse ihre Zusagen nun in konkrete Ergebnisse umsetzen – durch höhere Investitionen, mehr industrielle Produktionskapazitäten und anhaltende Unterstützung der Ukraine. Ziel bleibe eine stärkere NATO und mehr Sicherheit für die Bündnispartner.

Haushaltsausschuss gibt Zustimmung zur Munitionsbeschaffung

(BS) Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat in seiner Sitzung am 20. Mai 2026 mehrere Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr gebilligt. Neben panzerbrechender 27-Millimeter-Munition und ungeschützten Transportfahrzeugen genehmigten die Abgeordneten den Einkauf von Geoinformationsdaten sowie weiterer Rüstsätze für Netzservicetrupps.

Mit der Freigabe kann die Bundeswehr zusätzliche Patronen im Kaliber 27 Millimeter beschaffen. Die Munition kommt in den Maschinenkanonen der Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter zum Einsatz. Auch das Marineleichtgeschütz MLG 27 nutzt sie. Zudem billigte der Ausschuss eine Rahmenvereinbarung zur Prozessierung und Lieferung von Geoinformationen. Dazu zählen

digitale Höhen-, Fernerkundungs- und Referenzdaten, etwa Satellitenbilder und digitale Geländemodelle. Auch weitere Rüstsätze für Netzservicetrupps können nun beschafft werden. Die Systeme basieren auf einer bestehenden Rahmenvereinbarung. Sie unterstützen mobile Serviceteams bei der Installation, Wartung und Instandsetzung technischer Netzwerkinfrastruktur.

Japan liberalisiert die Verteidigungsfinanzierung



Im Otemachi Financial City South Tower, dem Sitz der Development Bank of Japan (DBJ), werden fortan auch Start Ups aus dem Rüstungssektor Büroräume beziehen.

Foto: BS/DBJ

(BS) Japan leitet einen Kurswechsel in der Finanzierung seiner Verteidigungspolitik ein. Die staatliche Development Bank of Japan (DBJ) hat ihre über Jahre etablierten restriktiven Investitionsrichtlinien für den Wehrsektor aufgehoben.

Der Verteidigungsminister des Landes, Shinjiro Koizumi, begrüßte diesen Schritt ausdrücklich. Er rief die gesamte Finanzbranche des Inselstaates dazu auf, diesem Beispiel zu folgen und verstärkt in die japanische Rüstungsindustrie zu investieren. Bisher blockierten die Statuten staatsnaher Finanzinstitute indirekt auch nachgeschaltete Venture-Capital-Fonds. Dies hinderte Start-ups bislang daran, mit staatlichem Risikokapital in der Rüstungsbranche Fuß zu fassen. Koizumi betonte, dass der Schritt der DBJ nun den Weg freimache, um jungen Hochtechnologieunternehmen den Markteintritt zu erleichtern. Das soll die industrielle Basis des Landes fundamental stärken.

Strategiewechsel

Tokio fürchtet um die Leistungsfähigkeit des eigenen Rüstungssektors und die internationale Abhängigkeit. Deshalb sollen stärkere Investitionen den Sektor nachhaltig stärken. Damit bemüht sich die Regierung unter Premierministerin Sanae Ta-

kaichi bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres, sich rüstungspolitisch neu aufzustellen. Bereits im April lockerte der Inselstaat die Regeln für den Rüstungsexport. Über Jahrzehnte waren Ausfuhren weitgehend auf Ausrüstung für Rettungs-, Transport- und Überwachungseinsätze sowie die Minenräumung beschränkt. Seit April ist der Beamten- und Beamtenstab angehalten, jeden Fall einzeln zu prüfen. Die Ausfuhr in Konfliktgebiete bleibt jedoch weiterhin verboten – allerdings mit Ausnahmen. Laut Regierung sind solche aus Gründen der nationalen Sicherheit möglich. Bislang war die japanische Rüstungsindustrie weitgehend auf Geschäfte im Inland beschränkt.

Kurswechsel aus zwei Gründen

Mit den neuen Regelungen für die heimische Verteidigungsindustrie verfolgt Tokio zwei Ziele. Zum einen sieht sich das Land im Hintertreffen angesichts der steigenden Verteidigungsausgaben von China und Nordkorea. Das Kaiserreich fühlt sich dadurch zunehmend bedroht. In der Bevölkerung sind die Maßnahmen allerdings umstritten. Befürworterinnen und Kritiker halten sich in etwa die Waage. Darüber hinaus hofft die konservative Premiermi-

nisterin, durch die Exporte die heimische Rüstungsindustrie zu stärken. Außerdem ist die strategische Neuausrichtung vor dem Hintergrund der hohen Auslastung der US-Rüstungsindustrie infolge der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten zu interpretieren. Denn die nationale Sicherheit des Landes stützt sich weiterhin maßgeblich auf den langjährigen Verbündeten USA. Gleichzeitig bemühen sich zahlreiche Partner in Europa und Asien um alternative Lieferanten. Angesichts eines zunehmend erratisch agierenden US-Präsidenten, steht die sicherheitspolitische Verlässlichkeit Washingtons zur Debatte.

Pazifismus als Staatsräson

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des japanischen Militarismus verpflichtete sich der Inselstaat zu einem pazifistischen Kurs. Dieser ist in Artikel 9 der Verfassung verbrieft. Die japanischen Streitkräfte sollen folgerichtig ausschließlich der Selbstverteidigung dienen. Eine starke Regulierung des Waffenexports zählte traditionell zu dieser sicherheitspolitischen Ausrichtung. Weil sich Nordkorea und China in der Region zunehmend militärisch positionieren, gerät diese Ausrichtung jedoch immer stärker unter Druck.

PITS 2026

PUBLIC-IT-SECURITY

HELDINNEN UND HELDEN IM HINTERGRUND

16. – 17. JUNI 2026

Hotel Adlon Kempinski Berlin

www.public-it-security.de



Harald Joos

Cloud-Beauftragter, Deutsche
Rentenversicherung Bund



Dr. Benjamin Nitsche

Referent Lieferantenstrategie, Referat SI 5 –
Digitale Souveränität, Bundesanstalt für den
Digitalfunk der Behörden und Organisationen
mit Sicherheitsaufgaben



Anke Pagels-Kerp

Bereichsvorstandsmitglied Raumfahrt,
Deutsches Zentrum für Luft- und
Raumfahrt e. V.



Luise Kranich

Abteilungsleiterin, Technologiestrategie
und Informationstechnik, BSI

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin des „Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“ und verantwortlich i.S.d. P.: Dr. Eva Charlotte Proll. Redaktionelle Leitung: Jonas Brandstetter. Redaktion: Bennet Biskup-Klawon, Oberst a. D. Thomas Hönig, Generalmajor a.D. Reinhard Wolski, Lars Mahnke, Anne Mareile Moschinski, Mirjam Klinger. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin) ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführung: Dr. Fabian Rusch.

Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. hc. Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (Links), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.